

*Kroatiens Weg in die EU*: Hrsg. Beate Neuss. Kroatien in der EU. Hamburg 2015, ISBN: 978-3-8300-8218-7

Tado Jurić

„Kroatiens Weg in die Europäische Union: Entwicklung der Staatlichkeit und des Europäisierungsprozesses“

Der Weg, den Kroatien in den letzten zwei Jahrzehnten gegangen ist, ist einzigartig in Europa. Keine der neuen europäischen Demokratien entstand unter schwierigeren Umständen. Keiner der neuen europäischen unabhängigen Staaten führte einen so schweren Verteidigungskrieg zur Erhaltung der territorialen Einheit und politischen Unabhängigkeit, und keiner vollführte seine grundlegende Umwandlung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems unter schwierigeren politischen und gesellschaftlichen Umständen.<sup>1</sup> „Das Bild Kroatiens in den Augen der internationalen Öffentlichkeit erlebte während dieses Zeitraumes extreme Wandlungen, von Unterstützung und Lob bis zu Tadel und Unverständnis. Auf gewisse Weise ist es notwendig, dies zu verstehen, auch wenn uns in Kroatien die Vorwürfe oder der Ton nicht gefallen haben - Kroatien befindet sich in einem historisch belasteten und geopolitisch ungemein delikaten Teil Europas, kaum einen Schritt vom mitteleuropäischen Frieden entfernt, aber auch nur einen Schritt weit vom ‘Pulverfass’, jenem Gebiet, in dem der Frieden eher durch Hilfe von außen, durch Annexion, Interventionen, Diktatur oder Protektorate erhalten wurde, als durch die innere Stärke selbsterhaltender Demokratien.“<sup>2</sup>

## **I. Gemeinsamkeiten in der Region Westbalkan**

Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien als integrative Bestandteile der ehemaligen SFRJ teilen eine gemeinsame so-

<sup>1</sup> Vgl. Ivo Sanader in: Christian Passin, Roman L. Prunc: Kroatien auf dem Weg in die EU. Reader der Politischen Akademie, 2009, S.8, [http://www.polak.at/fileadmin/Inhaltsdateien/POLAK/essays/reader\\_Kroatien\\_2009.pdf](http://www.polak.at/fileadmin/Inhaltsdateien/POLAK/essays/reader_Kroatien_2009.pdf) (03.04.2011)

<sup>2</sup> Ebd.

zialistische Vergangenheit, die unweigerlich zu einer sehr ähnlichen Ausprägung der alltäglichen Lebenswelten von Menschen als auch zu einer vergleichbaren Form der Politikpraxis geführt hat.<sup>3</sup> Die Länder des ehemaligen Jugoslawien sind trotz zwischen ihnen bestehenden Staatsgrenzen immer noch historisch, wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich, verwandtschaftlich und kulturell eng vernetzt. Entwicklungen im Nachbarland betreffen im Regelfall auch die jeweils eigene Gesellschaft.<sup>4</sup> Ihre zum Teil gemeinsame geschichtliche Basis bedingt zu einem großen Teil die spezifischen Staatlichkeitsprobleme in den einzelnen Ländern - wenn auch in unterschiedlich starker Intensität. So sind z. B. feindliche Beziehung der Menschen zum Staat, Sehnsucht nach einem starken politischen Führer, Etablierung nationalistischer Strukturen, Schwierigkeiten in Modernisierungsprozessen uva. in jedem Land der Region bemerkbar.<sup>5</sup>

Verglichen mit den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern sind die Westbalkanstaaten von folgenden Merkmalen gekennzeichnet: verzögerte Transformation, strukturelle Defizite der Modernisierung, kriminelle Privatisierung des Staatseigentums, Auflösung von Markteinheiten, schwache Staaten, politische Instabilität, unterentwickelte Zivilgesellschaft, ethnische Fragmentierung sowie Defizite im Bereich Sicherheit.<sup>6</sup> Divergente Verstrickungen im Krieg der 1990er Jahre bilden auch das gemeinsame Erbe, wobei die Gesellschaften auf dem Westbalkan tief erschüttert und vor eine dreifache Transformati-

<sup>3</sup> Vgl. Džihic, Paić, Nadjivan, Stachowitsch: Europa – verflucht begehrt, Europavorstellungen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien, 2006, S.283.

<sup>4</sup> Vgl. Caroline Hornstein Tomić: Interethnische Beziehungen in Südosteuropa – Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, und Serbien, Institut für Sozialwissenschaften Ivo Pilar, Zagreb, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Zagreb, 2008, S. 3f.

<sup>5</sup> Vgl. Vedran Džihic:

<http://www.univie.ac.at/POTREBA/uploads/Projektbeschreibung%20ONB/Europ%C3%A4isierung%20des%20Balkans%20-%20ONB.pdf> (20.08.2011); Vgl. auch: Džihic, Nadjivan, Paić, Stachowitsch, 2006, S.283.

<sup>6</sup> Vgl. Heinz-Jürgen Axt: Vom Wiederaufbauhelfer zum Modernisierungsagenten. Die EU auf dem Balkan in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin, 2003, B 10-11/2003,

<http://www.bpb.de/files/MX44PX.pdf>(11.05.2011), S.18ff.

on gestellt wurden: „von einem Kriegs- in den Friedenszustand, von einem staatssozialistischen System zu einer angestrebten liberalen Demokratie nach europäischem Vorbild und schließlich von einem staatlich gelenkten sozialistischen Wirtschaftsmodell zur (neoliberalen) Marktwirtschaft.“<sup>7</sup> Aus dieser multiplen Transformation ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen an die jeweiligen Staatlichkeiten.

Dabei gibt es vier Grundprobleme in allen Ländern des Westbalkans: Das erste Problem ist die mangelhafte Kooperation innerhalb der Region. Sie gründet im Sich-Nicht-Abfinden mit den Nachbarn, im Nicht-Erkennen der Tatsache, dass man Nachbarn „nicht los wird“, egal in welcher politischen Lösung. Man orientiert sich vorwiegend nach außen, auf die internationale Gemeinschaft hin und die Kooperation mit den Nachbarn wird vernachlässigt.<sup>8</sup> Dabei will man die Tatsache nicht annehmen, dass alle Länder der Region auf Grund ihrer teilweise gemeinsamen Geschichte, ähnlicher Sprache, der vielfach gemeinsamen kulturellen Erfahrungen und vor allem der ökonomischen Aufeinanderangewiesenheit voneinander abhängig sind. Gleichzeitig ist es glasklar, dass ohne eine konstruktive regionale Zusammenarbeit die Aufarbeitung der Kriegereignisse und die Vergangenheitsbewältigung nicht denkbar sind. Und das sind für die nachhaltige Stabilität der Region Aufgaben von entscheidender Bedeutung.<sup>9</sup>

Das zweite Problem ist die Dominanz des Nationalismus. Dabei muss aber betont werden, dass der Nationalismus nicht wegen einer besonders nationalistischen oder antidemokratischen Gesinnung der Völker auf dem Westbalkan so stark ausgeprägt ist, sondern, dass der Grund dafür der Umstand ist, dass manche

<sup>7</sup> Žarko Papić: BiH 6 godina poslije rata. Zavisnost ili održivost i odgovornost, in: Christophe Solioz/Svebor Dizdarević: Bosna i Hercegovina: od ovisnosti do samoodrživosti, Sarajevo 2002.

<sup>8</sup> Vgl. Peter Jordan in: Daxner, Jordan, Leifer, Roth, Vyslonzil: Bilanz Balkan, 2005, Wien, S.2.

<sup>9</sup>Vgl. Vedran Džihic:

<http://www.univie.ac.at/POTREBA/uploads/Projektbeschreibung%20ONB/Europ%C3%A4isierung%20des%20Balkans%20-%20ONB.pdf> (20.08.2011)

Völker immer noch den Bestand ihrer Heimatländer (oder anderen politischen territorialen Einheiten) bedroht sehen. Für die Überwindung des Nationalismus auf dem Westbalkan ist Kroatien das beste Beispiel. Erst als Kroatien militärisch seine vollen Herrschaftsrechte über das gesamte Staatsgebiet wiedererlangte, ist das Interesse in der Bevölkerung an nationalen Themen abgeflaut und die wirtschaftlichen und sozialen Themen rückten wieder in den Vordergrund.<sup>10</sup>

Das dritte Problem ist die Korruption und die organisierte Kriminalität, die durch die Verbindung der Mafia mit der Politik und den staatlichen Institutionen entstanden ist. Das sind sehr ernste Probleme, die noch viele umfassende strukturelle Reformen besonders in BiH und Serbien erfordern, damit sie ein funktionierendes marktwirtschaftliches System entwickeln und das wirtschaftliche Beitrittskriterium erfüllen können.

Das vierte Problem ist, dass der Staat von den Bürgern nicht als eine *res publica*, sondern als eine feindliche Institution angesehen wird, die es zu umgehen gilt. Das ist sicherlich ein Erbe aus der Zeit der osmanischen Herrschaft, als der Staat ein Okkupator und die feindliche Macht war. Aber auch durch die autoritären kommunistischen Regime wurde diese Einstellung natürlich nicht entschärft. Dadurch fehlt oft die so notwendige Identifikation der Bürger mit den Anliegen des Staates und mit den staatlichen Institutionen.<sup>11</sup> Dieses Problem macht sich vor allem in BiH bemerkbar. Ein weiterer Grund warum die Menschen auf dem Westbalkan kein Vertrauen in ihre neuen Staaten haben, liegt in der Tatsache, dass in diesen Ländern nicht wie im Westeuropa das Bürgertum die nationalen Bewegungen trug, sondern auf allen Seiten waren es die alten kommunistischen Eliten.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Marie-Janine Calic,

[http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/publikationen/14\\_sr5\\_03.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/14_sr5_03.pdf) (20.08.2011)

<sup>11</sup> Vgl. Peter Jordan in: Daxner, Jordan, Leifer, Roth, Vyslonzil: Bilanz Balkan, 2005, Wien, S.2.

<sup>12</sup> Vgl. Norbert Mappes Niediek: Wofür Zoran Djindjić starb: Organisierte Kriminalität in Nationen wider Willen, Südosteuropa Mitteilungen 02 / 2003, S.25.

Die kommunistische Herrschaft wirkt sich auch heute in mindestens vier Hinsichten in Bezug auf die Grundhaltungen, Mentalitäten und Identitätsfragen der Gesellschaften auf dem Westbalkan aus: Erstens in einer verbreiteten, auf staatliche Verteilungs- und Umverteilungspolitik gerichteten Mentalität größerer Bevölkerungsteile, zweitens in einer bereits erwähnten weitgehenden Kontinuität der alten kommunistischen Eliten, drittens im ausgeprägten Personenkult und viertens in politischer Ausschließung auf der Grundlage ideologischer Konformität aber auch Nationalität.<sup>13</sup>

Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass für alle drei Länder die europäische Integration zum großen Paradigma geworden ist. Der südosteuropäische Erweiterungsprozess ist dabei aus einer ganzen Reihe von Gründen ungleich komplexer als alle anderen EU-Erweiterungsrunden. Heute herrscht in allen drei Ländern breiter Konsens darüber, dass nur der Weg in die EU den Rahmen für die Lösung großer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen bilden kann, so dass die Integration in die EU zu einem zentralen Thema der gesellschaftlichen Entwicklung in der Region Westbalkan geworden ist.<sup>14</sup> Dabei wird der ganze Prozess in allen drei Ländern von den politischen Eliten sehr stark instrumentalisiert, wo wieder eine Gemeinsamkeit zwischen den untersuchten Ländern liegt. Die Integration in die EU wird als der einzige Ausweg aus der Armut und Instabilität und die alleinige Möglichkeit zur Modernisierung der Gesellschaften dargestellt, allerdings immer unter der Anleitung der an der Macht stehenden politischen Partei, die sich in der Regel als exklusive „Vertreterin Europas“ darstellt.<sup>15</sup>

## II. Bilanz der Entwicklungen

<sup>13</sup> Vgl. Anton Sterbling: Aktuelle Identitätsprobleme in Südosteuropa, Südosteuropa Mitteilungen 02/2005, S 9f.

<sup>14</sup> Vgl. Džihic, Nadjivan, Paić, Stachowitsch, 2006, S.284.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S.287.

Auf den ersten Blick fällt es nicht schwer, die Entwicklungen auf dem Westbalkan als Siegeszug der internationalen Gemeinschaft darzustellen. Seit dem Ende des Kosovo-Krieges konnten gewalttätige Eskalationen größeren Ausmaßes verhindert werden, der Wiederaufbau nach den zerstörerischen Kriegen wurde weitgehend abgeschlossen und in jedem der sieben Staaten des Westbalkans regiert eine demokratisch gewählte, pro-europäische Reformregierung.<sup>16</sup> Obwohl die Erfolgsbilanz beachtlich ist, eine kritische Bilanz der Entwicklungen auf dem Westbalkan, gemessen an den Anforderungen der europäischen Integration, ergibt aber ein pessimistisches Bild.

Der Stabilitätspakt bzw. RCC und der Stabilisierung- und Assoziierungsprozess, als Kernpolitik der EU gegenüber den Ländern des Westlichen Balkans, haben seit ihrer Initiierung kein einziges Ziel, wofür sie geschaffen wurden, vollständig erfüllt. Der Westliche Balkan ist weder demokratisiert, noch stabilisiert worden und er ist auch zu keinem Wohlstand gelangt. Die Region ist nur scheinbar stabilisiert, die politische, wirtschaftliche oder gar kulturelle Kooperation in der Region besteht nicht und von einer Assoziation in die EU sind fast alle Länder der Region Jahrzehnte entfernt. Der Krieg kann jeden Augenblick auf dem Kosovo oder in BiH ausbrechen und der Weg in die EU ist für Serbien und BiH wegen ungelöster Staatlichkeitsfragen faktisch blockiert. Zivilgesellschaft und demokratische Wahlen sind ein unbekannter Begriff in BiH wie ebenfalls Rechtsstaatlichkeit in Serbien. Die Versöhnungsprozesse bestehen nur in Dokumenten der internationalen Gemeinschaft, aber in der Realität kann man sie nirgendwo finden. Die Korruption und Beweise für die organisierte Kriminalität findet man dagegen auf jedem Schritt. Ernste Reformen sind ebenfalls etwas was man nur in „Papieren“ finden kann. Die EU-Konditionalitätspolitik hilft dabei gar nicht, da das ganze Paradigma der internationalen Ge-

<sup>16</sup> Vgl. Wim van Meurs: Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004 in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin, 2003, B 10-11/2003 <http://www.bpb.de/files/MX44PX.pdf>(11.05.2011), S.34.

meinschaft falsch ist. Die EU-Politik geht davon aus, dass die Integration in die EU für die Länder des Westlichen Balkans wichtiger ist als ihre Nationalfragen, weshalb der ganze Ansatz zum Scheitern verurteilt ist.<sup>17</sup>

Die Region braucht im Prozess der Transformation kompetente Hilfe. Die EU glänzt jedoch seit dem Anfang ihres Engagements auf dem Westbalkan durch Unwissen, Ratlosigkeit, Uneinigkeit und Unkenntnis der wahren Probleme. Will die EU die Region dauerhaft stabilisieren, muss sie ihre Position verlassen, die sich in einem Dreieck von widersprüchlichen Prinzipien befindet (Wiederherstellung und Erhalt der multiethnischen Staaten, Anwendung des Selbstbestimmungsrechts, Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen). Obwohl die Instabilität zum großen Teil auch durch den Transformationsprozess und typischen Schwächen der Länder der Region generiert wird, sehe ich in der konsequenten Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker die einzig dauerhafte Lösung für die Stabilisierung und somit das Gelingen des Europäisierungsprozesses in der Region. Die Voraussetzung der weiteren Entwicklung des Minderheitenschutzsystems in Europa ist damit eng verbunden.

Wenn sich die EU weiterhin an ihre verfehlte Strategie hält und die Augen von den wahren Problemen der Region schließt, wird die sehr aufwändige Arbeit an dem Europäisierungsprozess der Länder des Westbalkans zunichte gemacht. Damit würde man nicht nur der Bevölkerung ihre größte Hoffnung nehmen, sondern auch den wenigen demokratischen, politischen Eliten den Anreiz nehmen, für die Reformen zu kämpfen. Der Westbalkan würde dadurch wieder zu einem isolierten Raum in Europa, der wieder als großer Magnet für die organisierte Kriminalität und Korruption wirken wird, was einerseits die Region noch mehr destabilisieren und andererseits negativ auf die EU wirken wird.<sup>18</sup> Ein neues Erstarken des zerstörerischen Nati-

<sup>17</sup> Vgl. Tado Jurić: Westbalkan-Erweiterung der EU. Europäisierungsprozess in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien – ein Vergleich, Hamburg, 2013, S 49ff.

<sup>18</sup> Vgl. Britta Joerißen: Der Balkan. Von Krieg, Frieden und Europa, 2007, <http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Balkan.pdf> (10.03.2011)

onalismus ist in diesem Fall ganz gewiss und die Möglichkeit der Ausbrüche neuer Kriege sehr wahrscheinlich. Das erste Mal in der Geschichte überhaupt gibt es die Chance, diese Region zur Ruhe zu bringen. Es ist zu hoffen, dass der Westbalkan und die EU diese Chance nicht verpassen werden. Zur Integration der gesamten Region Westbalkan in den europäischen Rahmen gibt es allerdings derzeit keine realistische Perspektive. Dazu bedarf es noch mindestens 15 Jahre.

### **III. Die Geschichte der kroatischen Staatlichkeit**

Kroatien lässt sich gleichermaßen Ostmittel- und Südosteuropa zurechnen und es verbindet den mediterranen Raum mit Pannonien. Die heutige Republik Kroatien umfasst ein Territorium, welches seit dem 7. Jahrhundert von der kroatischen Bevölkerung besiedelt ist, jedoch in der Geschichte zu unterschiedlichen politischen Gemeinwesen gehörte.<sup>19</sup> Das heutige Staatsgebiet setzt sich aus mehreren historischen Territorien. Die Abgrenzungen der historischen Landschaften gehen meistens auf das 18. Jahrhundert zurück, als das „Dreieinige Königreich Dalmatien, Kroatien und Slawonien“ im Jahre 1745 gegründet wurde. Die einzelnen Territorien heute sind: Istrien, Dalmatien mit Dubrovnik und Slawonien. Die Grenzen Kroatiens sind zum größten Teil historisch, so deckt sich die Grenze zu Slowenien (abgesehen von Istrien) mit der Grenze gegenüber dem Heiligen Römischen Reich und die Draugrenze gegenüber Ungarn ist mittelalterlichen Ursprungs. Nur die Grenze in der Baranja entspricht der ungarisch-jugoslawischen Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg. Die südöstlichen Grenzen entsprechen denen der Republik Dubrovnik seit dem 15. Jahrhundert. Die Grenzen gegenüber Bosnien und Herzegowina beruhen weitestgehend auf Friedensschlüssen des 18. Jahrhunderts zwischen dem Habsburgerreich und Venedig und dem Osmanischen Reich. Nur die Grenzzie-

<sup>19</sup> Vgl. Nenad Zakošek/ Tomislav Maršić: Das politische System Kroatiens in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Auflage, Wiesbaden 2010, S. 773.

hungen gegenüber Slowenien in Istrien und gegenüber Serbien erfolgten nach 1945.<sup>20</sup> Die staatliche Konstellation Kroatiens in den heutigen Grenzen ist ein Ergebnis der föderalen Neuordnung Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg; diese Grenzen wurden zum Ausgangspunkt der Badinter-Kommission<sup>21</sup> bei der Sezession Jugoslawiens genommen.

„Die über tausendjährige Präsenz der Kroaten im mitteleuropäischen, adriatisch-mediterranen und pannonischen Gebiet war zumeist an der westeuropäischen Zivilisation orientiert.“<sup>22</sup> Dies zeigt sich sowohl in der Geschichte, Kultur, Literatur und Musik als auch in anderen Identitätsinhalten, wie der Ausrichtung am Papsttum und der römisch-katholischen Kirche.<sup>23</sup>

Die kroatische Geschichte und ihre Einbettung in die europäische Geschichte begannen in der Zeit der großen Völkerwanderungen im 6. und 7. Jahrhundert. Es finden auch heute noch umfassende Diskussionen über die Zeit der kroatischen Wanderungen statt, sodass zahlreiche Ansichten über diese Epoche und den Ursprung der Kroaten existieren.<sup>24</sup> Die Gründung der kroatischen Fürstentümer im 7. Jahrhundert, des selbstständigen Staates Kroatien im 9. Jahrhundert und des Königreichs der Kroaten im 10. Jahrhundert sind nach offizieller kroatischer Historiographie Zeichen kroatischer Staatsidentität und Unabhängigkeit im Mittelalter.<sup>25</sup> Diese kroatischen Staaten im Mittelalter waren Teil des christlichen, feudalen Systems Europas und wurden vom Papst und den mitteleuropäischen Königreichen bei mehreren Gelegenheiten anerkannt.<sup>26</sup> Die erste Blütezeit des kro-

<sup>20</sup> Vgl. Christian Passin/ Roman L. Prunc: Kroatien auf dem Weg in die EU. Reader der Politischen Akademie, Wien, 2009, S.24ff.

<sup>21</sup> Siehe: Andrassy - Bakotić - Vukas, *Međunarodno pravo* 1., Zagreb 1998., S. 276ff.

<sup>22</sup> Gerald G. Sander und Budislav Vukas jr.: Kroatiens steiniger Weg in die Europäische Union in: Nada Bodiroga-Vukobrat und Gerald G. Sander (Hrsg.): *Die Europäische Union und Südosteuropa*, Hamburg, 2009, S. 145.

<sup>23</sup> Vgl. ebd.

<sup>24</sup> Siehe: Lujo Margetić, *Etnogeneza Hrvata i Slavena*, Split 2007.

<sup>25</sup> Siehe: Neven Budak: *Hrvatski kraljevi*, HRT, <http://www.youtube.com/watch?v=mUtlxPJdxY> (10.12.2011)

<sup>26</sup> In der Zeit des Fürsten Branimir wurde Kroatien von Papst Johannes VIII. als unabhängiger Staat anerkannt (879).

atischen Königreichs entstand zu Zeit von Petar Krešimir IV (1058-74) und Dmitar Zvonimir (1075-89). In dieser Zeit gelang es, Slawonien und Dalmatien an das Königreich Kroatien anzugliedern.<sup>27</sup>

Die kroatische Staatlichkeit wurde auch in der kroatisch-ungarischen Personalunion nach dem Jahr 1102 bewahrt, was aus der umfangreichen Zuständigkeit des kroatischen Sabor (Nationalversammlung), des mittelalterlichen feudalen Verwaltungssystems und anderen Elemente der kroatischen Staatlichkeit ersichtlich ist.<sup>28</sup>

Die Abtrennungsprozesse des kroatischen Gebietes folgten ab dem 14. Jh., als Venedig die Rechte an Dalmatien vom kroatisch-ungarischen König Ladislav Napuljski kaufte (1409) und das Gebiet bis 1797 beherrschte.<sup>29</sup> Während des 15. Jh. verwüsteten die Türken Kroatien.<sup>30</sup> In dieser schwierigen politischen Situation, beschloss der kroatische Sabor in Cetin im Jahr 1527 die Wahl eines Königs aus der Habsburger-Dynastie. Trotz der Politik im Zeichen des Habsburger Zentralismus und der Reduktion der Staatlichkeit, verteidigte Kroatien auch in dieser Zeit seine Souveränität und seine Nationalidentität. In der „postosmanischen“ Zeit, im 17. und 18. Jh., war das kroatische Gebiet durch mehrere soziale und ethnische Änderungen charakterisiert. Darunter sind besonders die Wanderungen der Walachen zu erwähnen – dieses Nomadenvolk (*Vlasi*) wird später unter dem Einfluss der serbisch-orthodoxen Kirche als Serben bezeichnet,

<sup>27</sup> Vgl. Veit Larmann: Staatsbildung und Demokratisierung des Beitrittskandidaten Kroatien, Universität Osnabrück, 2006, [http://www.veit-larmann.de/Staatsbildung\\_Demokratisierung\\_Beitrittskandidat\\_Kroatien.pdf](http://www.veit-larmann.de/Staatsbildung_Demokratisierung_Beitrittskandidat_Kroatien.pdf) (20.11.2011), S. 20.

<sup>28</sup> Vgl. Gerald G. Sander und Budislav Vukas jr., 2009, S. 146. Claus Siehe auch: Heinrich Gattermann: Kroatien im Mittelalter, [http://www.studia-historica.de/Mittelalter\\_Kroatiens.pdf](http://www.studia-historica.de/Mittelalter_Kroatiens.pdf) (19.02.2011), sowie: [http://www.studia-historica.de/Ungarnzeit\\_Kroatiens.pdf](http://www.studia-historica.de/Ungarnzeit_Kroatiens.pdf)

<sup>29</sup> Unter den kroatischen Städten nahm Dubrovnik eine Sonderstellung ein, da es dem Stadtpatriazat gelang, ab dem 12. Jahrhundert eine selbständige Republik zu bilden.

<sup>30</sup> Vgl. Claus Heinrich Gattermann: Türken und Habsburger [http://www.studia-historica.de/Tuerkenzeit\\_Kroatiens.pdf](http://www.studia-historica.de/Tuerkenzeit_Kroatiens.pdf) (20.02.2011)

was die relativ hohe Anzahl der Serben in Kroatien erklärt, so behaupten manche kroatischen Historiker.<sup>31</sup>

Die geschichtlichen Modernisierungsprozesse fingen in Kroatien mit den Reformen von Maria Theresia im 18. Jh. an. Kroatien begann zu dieser Zeit, seine Staatsinstitutionen im Sinne eines modernen Staates zu entwickeln. Andere westeuropäische Einflüsse waren mit der Französischen Revolution verbunden. Diese Reformen fanden im 19. Jahrhundert (1780-1918) statt, als Kroatien seine modernen Verfassungsinstitutionen und die elementaren Mechanismen der bürgerlichen Gesellschaft mit den Prinzipien der Menschenrechte und des bürgerlichen Rechts zu entwickeln begonnen hatte.<sup>32</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg zerfiel Österreich-Ungarische Monarchie und die kroatischen Länder (ohne die an Italien abgetretenen Gebiete) vereinigten sich mit dem Königreich Serbien und anderen slawischen (*Illyrischen*) Ländern zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (seit 1929: Königreich Jugoslawien).

Der politische *Jugoslawismus*<sup>33</sup> opponierte primär gegen die deutschen und italienischen kulturellen Einflüsse in der Region und idealisierte die romantische Vorstellung einer slawischen Verständigung, obwohl die kulturellen Unterschiede zwischen Slowenen, Kroaten und Serben bereits sehr groß waren.<sup>34</sup>

Im ersten jugoslawischen Staat „existierte Kroatien weder als politische noch als administrative Einheit. Die Staatsorganisation ermöglichte die Vorherrschaft des serbischen Staatszentrums und seiner wichtigsten Akteure: des jugoslawischen Königs aus der serbischen Karađorđević-Dynastie, des Militärs, der zentralisierten Verwaltung und der serbischen Parteien.“<sup>35</sup> „Das gemeinschaftliche Königreich der Slowenen, Serben und Kroaten war

<sup>31</sup> Siehe: Ivan Mužić: *Vlasi u starijoj hrvatskoj historiografiji*, Split, 2010.

<sup>32</sup> Vgl. Gerald G. Sander und Budislav Vukas jr., 2009, S.147f.

<sup>33</sup> Siehe besonders: Dunja Melčić: *Jugoslawismus und sein Ende*, S. 210ff. in: Dunja Melčić, 2007.

<sup>34</sup> Vgl. Nenad Zakošek/ Tomislav Maršić, 2010, S. 774.

<sup>35</sup> Nenad Zakošek: *Das politische System Kroatiens* in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, 2004, Opladen, S.678.

zu keinem Zeitpunkt etwas anderes als eine serbische Expansion.“<sup>36</sup>

Erst nach der Phase der königlichen Diktatur (1929-1931) wurden 1939 unter Bedingungen eines semi-autoritären Regimes der föderative Umbau Jugoslawiens und die Gründung einer kroatischen politischen Entität (sogenannte *Banovina Hrvatska*, 1939-1941<sup>37</sup>) vereinbart, die allerdings neben den heutigen kroatischen Territorien auch Teile des heutigen Bosnien und Herzegowina umfasste und somit „Großkroatische Ambitionen“ zeigte. Das Projekt der Staatsreform und der kroatischen Autonomie konnte jedoch nicht verwirklicht werden, denn Jugoslawien wurde durch den Angriff der Achsenmächte im April 1941 aufgelöst.<sup>38</sup>

Im Zweiten Weltkrieg<sup>39</sup> entstanden auf kroatischem Territorium zwei politische Entitäten, jeweils getragen durch zwei einander bekämpfende politisch-militärische Bewegungen: einerseits der Unabhängige Staat Kroatien, der durch die extrem nationalistische und mit den Achsenmächten verbündete *Ustaša*-Bewegung 1941 gegründet wurde, andererseits eine von der kommunistisch angeführten Partisanenbewegung 1943 ausgerufene kroatische Republik, die sich als Teil eines föderativ aufgebauten jugoslawischen Staates verstand. Der blutige Bürgerkrieg, hinterließ bis heute spürbare Wunden und Spaltungen innerhalb der kroatischen Gesellschaft.<sup>40</sup> Die Partisanen haben das Land zwar von Faschisten und Besatzern befreit, brachten aber nicht die Freiheit und Demokratie, die sie versprochen hatten.<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Veit Larmann, 2006, S. 31.

<sup>37</sup> Siehe: Abkommen Cvetković-Maček. Während des jugoslawischen Sezessionskrieges wurde der kroatischen Seite vorgeworfen, dass sie die Wiederherstellung der Grenzen aus der Zeit der Banovina Hrvatska wiederherstellen will.

<sup>38</sup> Vgl. Ivo Banac, 1999

<sup>39</sup> Siehe besonders: Slavko Goldstein: Der Zweite Weltkrieg, S. 170ff. in: Dunja Melčić, 2007.

<sup>40</sup> Vgl. Nenad Zakošek: Das politische System Kroatiens in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2004, Opladen, S.679.

<sup>41</sup> Vgl. Veit Larmann, 2006, S. 39.; Siehe: Slavko Goldstein: Der Zweite Weltkrieg, S. 170ff. in: Dunja Melčić, 2007.

Der heutige souveräne kroatische Staat wird oft mit der Ausrufung des unabhängigen Staats Kroatiens im Jahr 1941 verglichen.<sup>42</sup> Diese Thesen sind jedoch nicht haltbar und richten sich aus einer antikroatischen Haltung heraus gegen die Konstituierung des heutigen Staates.<sup>43</sup> Die historischen Grundlagen der heutigen kroatischen Verfassung liegen in den Beschlüssen des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Kroatiens (ZAVNOH) und danach in der Verfassung der Volksrepublik Kroatien (1947) sowie in den Verfassungen der Sozialistischen Republik Kroatien (1963-1990).

Nach der Meinung von Sundhaussen war das Konzept des zweiten Jugoslawiens (beinahe) genial. Nach seiner Meinung versuchte dieses Konzept, die Staatsnation mit den Ethnonationen und Nationalitäten sowie den Gesamtstaat mit sechs Bundesländern und zwei autonomen Gebieten zu harmonisieren.<sup>44</sup> Dass dieses Modell Anfang der neunziger Jahre scheiterte und in ethnische Säuberungen mündete, hatte vielfältige Ursachen. Der Auflösung Jugoslawiens 1990/91 gingen nach Marie-Janine Calic langfristige innenpolitische und sozial-ökonomische Desintegrationsprozesse voraus. Sie waren in der Staatskonstruktion Jugoslawiens strukturell angelegt und infolge der weltpolitischen Veränderungen der 1980er Jahre beschleunigt.<sup>45</sup>

Bis Mai 1980, bis zum Tod von Josip Broz Tito, der wie kein anderer das sozialistische Jugoslawien repräsentierte, konnte aufkeimende Unzufriedenheit unter Kontrolle gehalten werden. Mit Tito war aber nicht nur ein großer Diktator und Staatsmann, sondern auch die „Verkörperung“ des soziali-

<sup>42</sup> Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Zagreb am 10. April 1941 riefen die Ustaša unter Ante Pavelić den Unabhängigen Staat Kroatien aus und errichteten eine faschistische Diktatur ohne demokratische Wahlen. Die Zeit des kroatischen Ustaša-Regimes, das einen Vernichtungskrieg gegen Juden, Serben aber auch Kroaten in gleicher Weise führte, ist heute noch eine starke Bürde für das serbisch-kroatische Verhältnis.

<sup>43</sup> Vgl. Gerald G. Sander und Budislav Vukas jr., 2009, S.149.

<sup>44</sup> Vgl. Holm Sundhaussen: Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, Aus Politik und Zeitgeschichte, 32/2008, S. 10

<sup>45</sup> Vgl. Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München, 2010.

stischen Jugoslawien gestorben. In den 1980er Jahren verloren die Legitimationsstützen des Systems ihre Bindekraft oder wurden obsolet. Der Selbstverwaltungssozialismus erwies sich als schwerfällig und reformresistent, die Blockfreiheit wurde mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gegenstandslos, und der Gründungsmythos des zweiten Jugoslawien („Volksbefreiungskampf und sozialistische Revolution“ sowie „Brüderlichkeit und Einheit“) verblasste, je weiter das Ende des Weltkriegs in die Ferne rückte.<sup>46</sup>

Der Krieg um die Erbmasse der SFRJ lässt sich nach Calic systematisch in zwei Hauptetappen gliedern: Zum einen den 1991 begonnenen Krieg auf dem westlichen Balkan (im Länderdreieck Kroatien, Bosnien und Herzegowina, BR Jugoslawien), der 1995 mit dem Friedensabkommen von Dayton zu Ende ging, und zum andern den 1998 gewaltsam eskalierten Konflikt um die albanische Frage, der vor allem die Länder Serbien, Kosovo und Makedonien involviert. Aus Serbien und Montenegro bestehende BR Jugoslawien, wurde im Jahre 1992 von der Staatengemeinschaft als Hauptverantwortliche für den Krieg identifiziert und mit umfassenden Sanktionen bestraft.<sup>47</sup> Erst nach dem Fall von Milošević im Jahre 2000 kam das Land aus der Isolation.

Das spannungsreiche und nie abschließend geklärte Verhältnis zwischen Nationalismus und Föderalismus im südslawischen Vielvölkerstaat kann nach der Meinung von Marie-Janine Calic als Hauptquelle der komplexen Konfliktkonstellation gewertet werden.

Die primären Konflikthalte waren in erster Linie der fehlende Konsens für einen supranationalen Kompromiss in der Frage der Staatsorganisation und der Anerkennung bestehender politischer Grenzen in einem multinationalen Kontext. Seitens Belgrads wurde versucht, nationale und supranationale Grenzen

<sup>46</sup> Vgl. Holm Sundhaussen: Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, Aus Politik und Zeitgeschichte, 32/2008, S. 10.

<sup>47</sup> Marie-Janine Calic: Südosteuropa vom Sukzessionskrieg zur Stabilität, [www.km.bayern.de/blz/web/old\\_100111/calic.pdf](http://www.km.bayern.de/blz/web/old_100111/calic.pdf) (09.09.2010)

durch einen hegemonialen Nationalismus zur Deckung zu bringen. Angesichts der bereits begonnenen erzwungenen Umgestaltung des Staates versuchten die noch unabhängigen Republikführungen diesem Schicksal durch den Austritt aus dem Staatsverband und die internationale Anerkennung zu entkommen. Als Belgrads politisch-diplomatische Manöver versagten, hob es den Konflikt mit Hilfe der JVA auf eine militärische Ebene und versuchte die Teilrepubliken mit Gewalt im Staatenverband zu halten. Als auch dies nicht gelang, kam die letzte *Fall-back*-Option zum Tragen: mit Hilfe der serbischen Bevölkerung in den unabhängigen und international anerkannten Staaten, die zum Aufstand gedrängt wurde, wurde versucht, an der Grenze zu Serbien gelegene semi-souveräne, monoethnisch „gesäuberte“ Territorien zu schaffen, die dann mittelfristig an das „Mutterland“ angeschlossen werden sollten. Diese ideologisch großnationalen politischen Ansprüche durchzusetzen gelang Serbien in Kroatien zumindest kurzfristig durch die Ausrufung der Serbischen Autonomprovinz Krajina und in Bosnien und Herzegowina durch die Schaffung der Republika Srpska wohl auf unbestimmte Zeit.<sup>48</sup>

### III. Entwicklung des kroatischen EU-Beitrittsprozesses

Die Beziehungen der Republik Kroatien zur Europäischen Union begannen mit den Auflösungsprozessen der SFRJ im Jahre 1991 und mit der Anerkennung Kroatiens als souveränen und unabhängigen Staat,<sup>49</sup> vor allem seitens Deutschlands. Wegen den

<sup>48</sup> Vgl. Henriette Riegler: Un/Sicherheit und In/Stabilität des „Westlichen Balkan“. Arbeitspapier des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), Wien, 2008, S. 8f.

<sup>49</sup> Chronologie der Beziehungen Kroatien-EU:

**1992:** Die EU nahm diplomatische Beziehungen zu Zagreb auf.

**Okt. 2001:** Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA).

**Ende 2001:** Die Kommission nahm eine Länderstrategie für 2002-2006 für Kroatien an, die dem Land EU-Hilfen im Rahmen des Hilfsprogramms CARDS zur Verfügung stellte.

**21. Feb. 2003:** Kroatien reichte seinen Beitrittsantrag ein.

**Juni 2004:** Der Rat gab der Eröffnung der Beitrittsgespräche grünes Licht.

**Dez. 2004:** Die EU sagte, sie werde die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im April 2005 einleiten, sofern das Land mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal zusammenar-

kroatischen Kriegs- und Nachkriegsherausforderungen zwischen 1996 – 1999 genügte die Entwicklung Kroatiens der EU noch nicht, um eine stärkere Annäherung zu rechtfertigen.

Im Jahre 2000 verabschiedete die EU-Kommission eine positive Machbarkeitsstudie für Kroatien. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens im Jahr 2001 hat Kroatien den Antrag auf die EU-Mitgliedschaft gestellt und im April 2004 ein positives „Avis“ für den Beginn der Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft in der EU erhalten. Die Ratifizierung des SAA durch die Mitglieder der EU gestaltete sich jedoch viel schwieriger als man erwartete, insbesondere Großbritannien und die Niederlande begründeten ihre zögerliche Haltung mit der mangelhaften Zusammenarbeit der kroatischen Regierung mit dem ICTY.<sup>50</sup> So trat das SAA zwischen der EU und Kroatien letztlich erst am 1. Februar 2005 in Kraft. Die Aufnahme der Verhandlungen erfolgte dann nach der Verhaftung des als Kriegsverbrecher angeklagten Generals

beitet.

**16. März 2005:** Aufschub des Beginns der Beitrittsverhandlungen, da Zagreb nach Auffassung der EU die notwendigen Bedingungen nicht erfüllt habe.

**Okt. 2005:** Offizielle Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien.

Das Screening-Verfahren begann am 20. Oktober 2005 und wurde im **Oktober 2006** abgeschlossen.

**Dezember 2005:** Kroatischer General Ante Gotovina in Spanien festgenommen.

**19. Dez. 2007:** Die vierte EU-kroatische Beitrittskonferenz in Brüssel begann Verhandlungen über zwei neue Kapitel.

**30. Okt. 2008:** Siebtes Treffen der Beitrittskonferenz auf Ebene der Stellvertreter: Vier Verhandlungskapitel werden vorläufig geschlossen; 21 Kapitel sind noch geöffnet.

**Nov. 2008-Sept. 2009:** Der kroatische Beitrittsprozess gerät aufgrund einer Grenzstreitigkeit mit Slowenien ins Stocken.

**May 2010:** die Europäische Kommission reicht vorläufige Verhandlungsposition zu Beitrittskapitel 23 an den Rat ein (Justiz und Grundrechte); die Mitgliedsstaaten müssen die Position unterstützen, damit das Kapitel geöffnet werden kann

**Juni 2011:** Kroatien hat erfolgreich die Beitrittsverhandlungen mit der EU beschlossen

**Januar 2012:** Kroaten stimmen für die EU-Mitgliedschaft des Landes.

**Juli 2013:** Kroatien wird zum 28 Mitglied der EU.

Quelle:

<http://www.euractiv.com/de/erweiterung/beziehungen-zwischen-der-eu-und-kroatien-de-links-dossier-189065> (19.03.2012) ;Vgl. auch: [http://www.eu-pregovori.hr/\(19.03.2012\)](http://www.eu-pregovori.hr/(19.03.2012))

<sup>50</sup> Vgl. ebd.

Ante Gotovina in Spanien im Jahr 2005. General Ante Gotovina war im in Kroatischen Heimatkrieg entscheidend an der Befreiung serbisch besetzter Teile des kroatischen Territoriums durch die kroatische Armee in der Operation „Oluja“ im Jahre 1995 beteiligt.<sup>51</sup> Der Heimatkrieg wird in Kroatien als eine an sich legitime militärische Operation zur Befreiung der serbisch besetzten Teile des Territoriums der Republik aufgefasst.<sup>52</sup> Aufgrund seiner militärischen Erfolge in diesem Krieg wurde Gotovina unter Kroaten als Volksheld verehrt. Während des Heimatkrieges ist es aber auch zu Kriegsverbrechen an den serbischen Zivilisten in den besetzten Gebieten (Krajina) gekommen.<sup>53</sup> Und für diese Kriegsverbrechen sollten die Verantwortlichen, darunter General Ante Gotovina, vor dem ICTY zur Rechenschaft gezogen werden.<sup>54</sup> Dabei wurde er wegen seiner Befehlsverantwortung angeklagt, was auch sehr viele international anerkannte Anwälte als keinen validen Grund akzeptieren könnten. Die post-Betrachtung bestätigt, dass mit dem Prozess große Ungerechtigkeit an General Gotovina und Kroatien verübt wurde.<sup>55</sup>

<sup>51</sup> Zum militärischen Verlauf der Operation „Oluja“ siehe: Zabkar, Die strategische Operation „Gewitter“ – Vorbereitungen, Durchführung und mögliche Implikationen, Österreichische Militärische Zeitschrift 1995, Bd. 33, Ausg. 6, S. 665-676.

<sup>52</sup> Die Operation Sturm diente der Inkraftsetzung der kroatischen Verfassung in den besetzten Gebieten Kroatiens. Siehe dazu UN-Dok. S/1995/666, Anhang II: Brief des Präsidenten der Republik Kroatien an den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, 30.7.1995. Vieles spricht dafür, dass die Vereinigten Staaten durch eine „sorgfältig formulierte Mitteilung“ ihres Botschafters Galbraith an den kroatischen Präsidenten Tudman Kroatien zur Operation Sturm ermutigt haben, um Fortschritte im bosnischen Friedensprozess zu erzielen. Dazu Eisermann, Der lange Weg nach Dayton, S. 327; Rosegrant/ Watkins, Getting to Dayton: Negotiating an End to the War in Bosnia, S. 14.

<sup>53</sup> Vgl. Michael Rötting: Das verfassungsrechtliche Beitrittsverfahren zur Europäischen Union und seine Auswirkungen am Beispiel der Gotovina-Affäre im kroatischen Beitrittsverfahren, Heidelberg 2009, S.1f.

<sup>54</sup> Vgl. Anklageschrift des ICTY gegen Ante Gotovina, IT-01-45, initial indictment vom 8. Juni 2001, amended indictment vom 24. Februar 2004, beide abrufbar über [www.un.org/icty/cases-e/index-e.htm](http://www.un.org/icty/cases-e/index-e.htm).

<sup>55</sup> Im Berufungsverfahren wurde Gotovina am 16. November 2012 von allen Anklagepunkten freigesprochen und aus der Haft entlassen. Die Berufungskammer beschloss einstimmig, dass die Einschätzung der Vorinstanz, Artillerietreffer mehr als 200 Meter entfernt von einem als legitim betrachteten Ziel als Beweis für gesetzwidrige Angriffe auf die Städte in der Krajina anzusehen, nicht zuträfe. Mit 3:2-Mehrheitsentscheidung

Grundlage der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien bildete ein Verhandlungsrahmen, den der Europäische Rat mit Kroatien am 16.03.2005 beschlossen hat. Dabei wurde ein neuer Verhandlungsansatz in Kraft gesetzt bei dem folgende Eckpunkte festgelegt wurden: 1.) Es erfolgt eine Einteilung der Verhandlungsmaterie in 35 Kapitel, für deren vorläufigen Abschluss sowie gegebenenfalls auch für deren Eröffnung Bedingungen („benchmarks“) festgelegt wurden. 2.) Es besteht die Möglichkeit langer Übergangszeiten, von Ausnahmeregelungen spezifischer Vereinbarungen oder dauerhafter Schutzklauseln für die Bereiche Freizügigkeit, Strukturpolitik und Agrarpolitik. 3.) Es erfolgte die Einfügung einer Klausel zur möglichen Aussetzung der Verhandlungen („Suspensions-Klausel“) im Falle schwerwiegender und anhaltender Verletzungen der Werte, auf die sich die EU gründet: Freiheit, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit. 4.) Parallel zu den Beitrittsverhandlungen muss ein intensiver politischer und zivilgesellschaftlicher Dialog geführt werden. 5.) Es erfolgte die Einfügung einer „Absorptionsklausel“, die die Aufnahmefähigkeit als ein wichtiges Kriterium aufführt. 6.) Als der Maßstab für den Fortgang der Verhandlungen wurde die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien festgesetzt.<sup>56</sup>

An dieser Stelle erfolgt ein kurzer Überblick und Kommentar über die Kopenhagener Kriterien. Ein Beitrittskandidat muss folgende Anforderungen erfüllen, um Mitglied der EU zu werden:

wurde festgestellt, dass die Beweise nicht ausreichten, um den von Gotovina und Markač befohlenen Beschuss der Städte als rechtswidrig anzusehen. Da die erstinstanzliche Verurteilung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Vertreibung von Serben aus der Krajina auf der Unrechtmäßigkeit der Artillerieangriffe basiere und die Erstinstanz eine direkte Verwicklung in die Diskriminierungspolitik Kroatiens nicht festgestellt habe, sei auch dieser Schuldspruch aufzuheben. (Quelle: Appeals Chamber Acquits and Orders Release of Ante Gotovina and Mladen Markač, <http://www.icty.org/sid/11145> (05.01.2013), und [http://de.wikipedia.org/wiki/Ante\\_Gotovina](http://de.wikipedia.org/wiki/Ante_Gotovina) (05.01.2013))

<sup>56</sup> Vgl. [http://www.auswaertiges-amt.de/sid\\_69BC44D73628C39B9AA3E5BFFDD796DE/DE/Europa/Erweiterung/TuerkeiKroatien\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_69BC44D73628C39B9AA3E5BFFDD796DE/DE/Europa/Erweiterung/TuerkeiKroatien_node.html) (12.08.2011)

Politisches Kriterium: Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten;

Wirtschaftliches Kriterium: Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten;<sup>57</sup>

*Acquis*-Kriterium: Die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft – d.h. das gesamte Recht sowie die Politik der EU zu übernehmen, sowie das Einverständnis mit den Zielen der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion.<sup>58</sup>

Zudem muss die Fähigkeit der Union bestehen, neue Mitglieder aufzunehmen.

Das letzte Kriterium ist besonders problematisch, da nicht geregelt ist, wer darüber entscheidet und anhand welcher Kriterien, ob die EU zu einem bestimmten Zeit integrationsfähig ist.

Neben den in den Kopenhagener Kriterien definierten Bedingungen traten als Bewertungskriterium für die Länder des Westlichen Balkans auch Fortschritte im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess. Im Rahmen des SAP verpflichteten sich die Länder der Region zu intensiver regionaler Zusammenarbeit, zur Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und Versöhnung sowie zur Zusammenarbeit mit dem ICTY.<sup>59</sup>

So wurden den Westlichen Balkanländern von der EU im Vergleich mit den ostmitteleuropäischen Ländern und besonders mit den Ländern, die in den ersten Erweiterungsrounden Mitglieder der EU wurden, deutlich anspruchsvollere Bedingungen auferlegt. Besonders wegen der Einführung von *Benchmarks* - war der Beitritt Kroatiens zur EU, bzw. die Verhandlungen über den

<sup>57</sup> Europäischer Rat Kopenhagen, 21-22-06.1993, [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf) (21.12.2009); siehe übersichtlicher in: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/glossary/accession\\_criteria\\_copenhagen\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm) (27.10.2010)

<sup>58</sup> Vgl. Auswärtiges Amt, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Grunds%C3%A4tze\\_Erweiterungspolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Grunds%C3%A4tze_Erweiterungspolitik_node.html) (23.10.2010)

<sup>59</sup> Vgl. ebd.

EU-Beitritt, die bisher unter den schwierigsten Bedingungen durchgeführten Verhandlungen. Der gleiche Ansatz wird sicherlich auch im Fall von Serbien und BiH angewendet werden.

Im Jahre 2009 machte eine bilaterale Grenzstreitigkeit mit Slowenien kroatische Hoffnungen auf einen EU-Beitritt im Jahre 2009 zunichte. Trotz kroatischer Fortschritte in vielen Bereichen konnte eine Reihe von Kapiteln wegen der Blockadehaltung Sloweniens im Rat nicht förmlich geschlossen werden. Der Stillstand wurde erst im September 2009 überwunden, nachdem sich die damalige kroatische Premierministerin Kosor und der damalige slowenische Premierminister Pahor über die Arbitrage bei der Grenzstreitigkeit einigen konnten. Mit der Schließung der letzten problematischen Verhandlungskapitel, Justiz und Grundrechte, hat Kroatien im Juni 2011 die Beitrittsverhandlungen mit der EU erfolgreich abgeschlossen und im Dezember 2011 den Beitrittsvertrag zur EU unterzeichnet. Das Land wurde zum Mitglied der EU am 01.07.2013.

Die Euphorie über die EU-Integration von Kroatien ist seit mehreren Jahren längst verflogen. Zu langes Warten, Verhandlungsblockaden und harte Beitrittskonditionen, sowie die Befürchtung, dass die kroatische Politik durch Imperative aus Brüssel ihre nationalen Interessen einem fremden Willen unterordnen muss – das alles führte dazu, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft bei der Bevölkerung sehr schwach war. Die Mitgliedschaft in der EU war bei den kroatischen Bürgern immer weniger populär als in den meisten anderen Transitionsländern. Die Unterstützung für den EU-Beitritt lag seit dem Jahr 2005 bestenfalls knapp über 50 Prozent.

Dadurch war die erfolgreiche Durchführung des Referendums faktisch unmöglich. Deshalb änderte die Regierung im Jahre 2010 die Bestimmungen. Die Entscheidung wurde mit der üblichen Mehrheit anstatt mit der absoluten Mehrheit gefällt: die Mehrheit der am Referendum teilnehmenden Wähler reichte also aus.

Die Wahlbeteiligung betrug nur 43,68% - was die niedrigste Wahlbeteiligung in Bezug auf den Beitritt zur EU von al-

len EU-Mitgliedsstaaten ist - davon stimmten 66,27 für und 33,13 gegen den Beitritt des Landes zur EU.<sup>60</sup>

### **III.1. Kroatiens Interessen am EU-Beitritt**

Die aktuelle kroatische Regierung zählt folgende Gründe auf, warum Kroatien Mitgliedsstaat der EU sein soll:

1.) Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union wirkt sich stabilisierend auf Frieden und Sicherheit 2.) Entscheidungen können nicht mehr ohne das kroatische Volk gemacht werden – die Kroaten können heute besser ihre Interessen und Ziele verteidigen. 3.) Kroatische Sprache wurde zur offiziellen Sprache der EU; dadurch wird die kroatische Traditionen und Identität besser geschützt. 4.) Kroatische Firmen haben freien Zugang zum europäischen Markt 5.) Kroatische Verbraucher sind sicherer. 6.) Mit den Geldern aus den Europäischen Fonds werden sich die weniger entwickelten kroatischen Regionen schneller entwickeln können. 7.) Staatliche Institutionen werden effektiver, und die Bürger werden einfacher und schneller ihre Rechte realisieren können. 8.) Kroatischen Studenten werden die Türen der europäischen Hochschulen unter den gleichen Bedingungen wie allen anderen europäischen Studenten geöffnet. 9.) Kroatische Umwelt und unsere natürlichen Ressourcen werden besser geschützt. 10.) Das Land bekommt mehr Anerkennung und verbessert sein Image. 11.) Der internationale Einfluss Kroatiens wird verstärkt.<sup>61</sup>

Die meisten Politikwissenschaftler sind darüber einig, dass Kroatien die EU vor allem braucht, um den begonnenen Transformationsprozess in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft möglichst bald beenden zu können und die noch ausstehenden Reformen voranzubringen.

<sup>60</sup> Vgl. Državno izborno povjerenstvo, [http://www.izbori.hr/izbori/dip\\_ws.nsf/public/index?openform](http://www.izbori.hr/izbori/dip_ws.nsf/public/index?openform) (24.01.2012)

<sup>61</sup> [http://www.eu-referendum.hr/eu\\_i\\_mi/zasto\\_eu.html#a9](http://www.eu-referendum.hr/eu_i_mi/zasto_eu.html#a9) (10.01.2012). Zur Kritik dieser Punkte siehe: <http://referendumprotiveu.wordpress.com/zasto-treba-glasati-protiv-pridruzivanja/> (10.01.2012)

Im Folgenden werden die häufigsten negativen Einstellungen sowie die häufigsten Ängste der kroatischen Bevölkerung in Bezug auf den Beitritt des Landes zur EU dargestellt.<sup>62</sup> Die Untersuchungen stammen vom kroatischen Ministerium für Äußeres und Europäische Angelegenheiten (MVEP).<sup>63</sup>

- 1.) *Die politische Elite sagt uns nicht die Wahrheit über die Europäische Union. Sie erzählt uns nur über den Prozess der Verhandlungen, aber nichts über den Inhalt, Bedingungen und Auflagen. Das kroatische Volk ist nicht genügend darüber informiert worden, was in seinem Namen mit der EU verhandelt wurde.*
- 2.) *Kroatien wird seine Unabhängigkeit durch den Beitritt zur EU verlieren. Kroatien wird nur eine kleine, politisch und wirtschaftlich unbedeutende Provinz innerhalb des Europäischen Megastaates sein.*
- 3.) *Über uns werden die anderen entscheiden. Die Kroaten werden weniger als 1 Prozent der Bevölkerung der EU ausmachen. Die Entscheidungen werden eigentlich nur die großen Völker treffen. Ab dem 1.4.2017 wird für wichtige Entscheidungen eine Mehrheit von 55 Prozent genügen.*
- 4.) *Durch den EU-Beitritt verlieren wir unsere nationale Identität.*
- 5.) *Durch den EU-Beitritt verliert Kroatien seine Souveränität.*
- 6.) *Die offizielle Arbeitssprache aller Länder Südosteuropas in den europäischen Institutionen wird „Serbokroatisch“ sein.*

<sup>62</sup> Folgende Parteien waren gegen den kroatischen Beitritt in die EU: Hrvatska stranka prava, Akcija za bolju Hrvatsku, Savez za promjene, Volim Hrvatsku, Hrvatska čista stranka prava, Nacionalni demokrati, Demokratska stranka žena, Jedino Hrvatska, Obiteljska stranka, Stranka hrvatskih branitelja, Nova Hrvatska und Hrvatska demokršćanska stranka. Keine von diesen Parteien ist im kroatischen Parlament vertreten. Von den Vereinen, die gegen den kroatischen Beitritt in die EU sind, hat sich besonders der Verein „Volim Hrvatsku“ profiliert sowie: Vijeće za Hrvatsku – „Ne u EU“. Siehe: <http://volim-hrvatsku.hr> (14.01.2012)

<sup>63</sup> Siehe: Broschüre des MVEP: Darstellung der Verhandlungskapitel (Što donosi članstvo u Europskoj Uniji?), <http://www.mvep.hr/ei/download/2012/01/03/120112-stodonosi1.pdf> (02.01.2012); sowie: Kommentar auf die Broschüre des MVEP, <http://referendumprotiveu.files.wordpress.com/2012/01/111116-sto-ne-donosi-clanstvo-u-eu.pdf> (14.01.2012)

- 7.) Die Regierung sagt: „wenn wir nicht der EU beitreten, werden wir auf dem Balkan bleiben“. Sie erwähnen jedoch nicht, dass wir dadurch wieder in einer Gemeinschaft mit Serbien leben werden.
- 8.) Die regionale Zusammenarbeit wird zur Schaffung eines neuen Jugoslawien führen.
- 9.) In der Union wird es zum Ausverkauf des Volksvermögens und zur sehr hohen Zuwanderung von Ausländern nach Kroatien kommen.
- 10.) Unsere inländische Produktion wird in der Union ruiniert. Unsere Produkte können der Produkten aus der EU nicht konkurrieren.
- 11.) Man erzählt uns Märchen von Milliarden aus den EU-Fonds. Die Einführung von Euro wird für Kroatien sehr schlecht sein. Wenn uns in der EU alles Gute erwartet, wie kommt es dann dazu, dass Griechenland, Irland, Portugal und Spanien auf Knien sind, während andere (Italien, Ungarn etc.), bis zum Hals verschuldet sind?
- 12.) Ausländisches Kapital wird in Kroatien alles kaufen was es will und es wird für seine Bedürfnisse billige Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien nach Kroatien bringen.
- 13.) Die Europäische Union wird das traditionelle Schlachtfest verbieten und uns nicht mehr erlauben den hausgemachten Schnaps zu produzieren.<sup>64</sup>

#### **IV. Zusammenfassung**

Als die Hauptursache für die späte Einbindung Kroatiens in die EU sind die kriegerischen Ereignisse der 1990er zu identifizieren, deren direkte Folge die verspätete Transformation des Landes war. Der Fortschritt Kroatiens bestätigt, dass der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den westlichen Balkan einen Weg darstellt, der tatsächlich zum EU-Beitritt führen kann, jedoch dass diese Entwicklung auch nicht mit der EU-Mitgliedschaft unbedingt enden muss, wie das die Entwicklun-

<sup>64</sup> Zu diesen Thesen siehe: Marjan Bošnjak: EU?-Ne hvala!, Zagreb, 2010, S. 10ff.

gen in BiH und Serbien bestätigen. Die Entwicklungen in Kroatien zeigen deutlich, dass ein Staat mit homogener Gesellschaft und klaren Grenzen funktionsfähiger ist und auch EU-tauglicher ist als multiethnische Staaten.<sup>65</sup> Wenn schon diese Behauptung nicht auf das ganze Europa anwendbar ist, ist es für Westbalkan auf jeden Fall zutreffend.

#### **Literatur:**

- Andrassy - Bakotić - Vukas, *Međunarodno pravo* 1., Zagreb 1998., S. 276ff.
- Axt, Heinz-Jürgen: Vom Wiederaufbauhelfer zum Modernisierungsgagenten. Die EU auf dem Balkan in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin, 2003, B 10-11/2003*
- Bošnjak, Marjan: *EU?-Ne hvala!*, Zagreb, 2010.
- Calic, Marie-Janine: *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München, 2010.
- Džihić, Paić, Nadjivan, Stachowitsch: *Europa – verflucht begehrt, Europavorstellungen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien*, Wien, 2006.
- Jurić, Tado: *Westbalkan-Erweiterung der EU. Europäisierungsprozess in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien – ein Vergleich*, Hamburg, 2013, S 49ff.
- Mappes Niediek, Norbert: *Wofür Zoran Djindjić starb: Organisierte Kriminalität in Nationen wider Willen, Südosteuropa Mitteilungen 02 / 2003, S.25.*
- Margetić, Lujo: *Etnogeneza Hrvata i Slavena*, Split 2007.
- Melčić, Dunja: *Jugoslawismus und sein Ende, S. 210ff.* in: Melčić, Dunja (Hrsg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2. Auflage*, Wiesbaden, 2007.
- Papić, Žarko: *BiH 6 godina poslije rata. Zavisnost ili održivost i odgo vnost*, in: *Christophe Solioz/Svebor Dizdarević: Bosna i Hercegovina: od ovisnosti do samoodrživosti*, Sarajevo, 2002.
- Passin, Christian/ Prunc, Roman L.: *Kroatien auf dem Weg in die EU. Reader der Politischen Akademie*, Wien, 2009, S.24ff.
- Peter Jordan in: *Daxner, Jordan, Leifer, Roth, Vyslonzil: Bilanz Balkan, 2005, Wien, S.2.*

<sup>65</sup> Siehe ausführlich in: Tado Jurić: *Westbalkan-Erweiterung der EU. Europäisierungsprozess in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien – ein Vergleich*, Hamburg, 2013.

- Riegler, Henriette: Un/Sicherheit und In/Stabilität des „Westlichen Balkan“. Arbeitspapier des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIP), Wien, 2008, S. 8f.
- Rötting, Michael: Das verfassungsrechtliche Beitrittsverfahren zur Europäischen Union und seine Auswirkungen am Beispiel der Gotovina-Affäre im kroatischen Beitrittsverfahren, Heidelberg, 2009.
- Sanader, Ivo in: Christian Passin, Roman L. Prunc: Kroatien auf dem Weg in die EU. Reader der Politischen Akademie, 2009, S.8.
- Sander, Gerald G. und Vukas, jr Budislav.: Kroatiens steiniger Weg in die Europäische Union in: Nada Bodiroga-Vukobrat und Gerald G. Sander (Hrsg.): Die Europäische Union und Südosteuropa, Hamburg, 2009, S. 145.
- Sterbling, Anton: Aktuelle Identitätsprobleme in Südosteuropa, Südosteuropa Mitteilungen 02/2005, S 9f.
- Sundhaussen, Holm: Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, Aus Politik und Zeitgeschichte, 32/2008, S. 10
- Tomić, Hornstein, Caroline: Interethnische Beziehungen in Südosteuropa – Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, und Serbien, Institut für Sozialwissenschaften Ivo Pilar, Zagreb, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Zagreb, 2008, S. 3f.
- van Meurs, Wim: Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004 in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin, 2003, B 10-11/2003, S.34.
- Zakošek, Nenad/ Maršić, Tomislav: Das politische System Kroatiens in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 3 Auflage, Wiesbaden 2010, S. 773.

**Literatur (Internetquellen):**

- Anklageschrift des ICTY gegen Ante Gotovina, IT-01-45,  
[www.un.org/icty/cases-e/index-e.htm](http://www.un.org/icty/cases-e/index-e.htm). (20.10.2013)
- Appeals Chamber Acquits and Orders Release of Ante Gotovina and Mladen Markač, <http://www.icty.org/sid/11145> (05.01.2013)
- Auswärtiges Amt, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Grunds%C3%A4tze\\_Erweiterungspolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Grunds%C3%A4tze_Erweiterungspolitik_node.html) (23.10.2010)
- Britta Joerißen: Der Balkan. Von Krieg, Frieden und Europa, 2007,  
<http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Balkan.pdf> (10.03.2011)
- Broschüre des MVEP: Darstellung der Verhandlungskapitel (Što donosi članstvo u Europskoj Uniji?),  
<http://www.mvep.hr/ei/download/2012/01/03/120112-stodonosi1.pdf> (02.01.2012)

- Calic, Marie-Janine:  
[http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/publikationen/14\\_sr5\\_03.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/14_sr5_03.pdf)  
(20.08.2011)
- Calic, Marie-Janine: Südosteuropa vom Sukzessionskrieg zur Stabilität,  
[www.km.bayern.de /blz/web/old\\_100111/calic.pdf](http://www.km.bayern.de/blz/web/old_100111/calic.pdf) (09.09.2010)
- Državno izborno povjerenstvo,  
[http://www.izbori.hr/izbori/dip\\_ws.nsf/public/index?openform](http://www.izbori.hr/izbori/dip_ws.nsf/public/index?openform)  
(24.01.2012)
- Džihić, Vedran:  
<http://www.univie.ac.at/POTREBA/uploads/Projektbeschreibung%20ONB/Europ%C3%A4isierung%20des%20Balkans%20-%20ONB.pdf> (20.08.2011)
- Europäischer Rat Kopenhagen, 21-22-06.1993,  
[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf) (21.12.2009)
- Gattermann, Claus Heinrich: Türken und Habsburger [http://www.studia-historica.de/Tuerkenzeit\\_Kroatiens.pdf](http://www.studia-historica.de/Tuerkenzeit_Kroatiens.pdf) (20.02.2011)  
Kroatien im Mittelalter, [http://www.studia-historica.de/Mittelalter\\_Kroatiens.pdf](http://www.studia-historica.de/Mittelalter_Kroatiens.pdf) (19.02.2011), sowie:  
[http://www.studia-historica.de/Ungarnzeit\\_Kroatiens.pdf](http://www.studia-historica.de/Ungarnzeit_Kroatiens.pdf)  
(20.09.2011)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Ante\\_Gotovina](http://de.wikipedia.org/wiki/Ante_Gotovina) (05.01.2013)
- [http://europa.eu/legislation\\_summaries/glossary/accession\\_criteria\\_copenhague\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/accession_criteria_copenhague_de.htm) (27.10.2010)
- <http://referendumprotiveu.wordpress.com/zasto-treba-glasati-protiv-pridru-zivanja/> (10.01.2012)
- [http://www.auswaertiges-amt.de/sid\\_69BC44D73628C39B9AA3E5BFFDD796DE/DE/Europa/Erweiterung/TuerkeiKroatien\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_69BC44D73628C39B9AA3E5BFFDD796DE/DE/Europa/Erweiterung/TuerkeiKroatien_node.html) (12.08.2011)
- <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/beziehungen-zwischen-der-eu-und-kroatien-de-linksdossier-189065> (19.03.2012) ;Vgl. auch:  
<http://www.eu-pregovori.hr/>(19.03.2012)
- [http://www.eu-referendum.hr/eu\\_i\\_mi/zasto\\_eu.html#a9](http://www.eu-referendum.hr/eu_i_mi/zasto_eu.html#a9) (10.01.2012)
- [http://www.polak.at/fileadmin/Inhaltsdateien/POLAK/essays/reader\\_Kroatien\\_2009.pdf](http://www.polak.at/fileadmin/Inhaltsdateien/POLAK/essays/reader_Kroatien_2009.pdf) (03.04.2011)
- Kommentar auf die Broschüre des MVEP,  
<http://referendumprotiveu.files.wordpress.com/2012/01/111116-stone-donosi-clanstvo-u-eu.pdf> (14.01.2012)
- Larmann, Veit:  
Staatsbildung und Demokratisierung des Beitrittskandidaten Kroatien, Universität Osnabrück, 2006, [http://www.veitlarmann.de/Staatsbildung\\_Demokratisierung\\_Beitrittskandidat\\_Kroatien.pdf](http://www.veitlarmann.de/Staatsbildung_Demokratisierung_Beitrittskandidat_Kroatien.pdf) (20.11.2011), S. 20.

*bla3*